

**Peter Eisel**

**20.02.2014**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

\* \* \* \* \*

## **Ostbeverns Zukunft – geplant und gesteuert ?**

\* \* \* \* \*

**Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde**

**Ostbevern für das Jahr 2014**

- Es gilt das gesprochene Wort –



Begrüßung: BM, Rat, Presse, Bürger

Auch in diesem Jahr wieder einmal: vor uns liegt ein unausgeglichener Haushalt.

Die Ausgaben sind also höher als die zu erwartenden Einnahmen.

Mit den Ausgaben und möglichen Ausgabensenkungen haben sich Rat und Verwaltung schon im Frühjahr schon im Frühjahr 2012 auseinandergesetzt, als wir einen Vertreter des Steuerzahlerbundes um Hilfe gebeten haben. Die darauf folgenden Haushalte 2012 und 2013 haben in allen möglichen Bereichen die Handlungsempfehlungen berücksichtigt, soweit wir nicht der Meinung waren, dass die Einsparungen zu einer unzumutbaren Verschlechterung des Gemeinwesens „Gemeinde Ostbevern“ führen würden.

Das gleiche geschah aufgrund der Prüfungen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA): auch hier sind wir (den meisten) Handlungsempfehlungen gefolgt. Das bedeutet, dass Rat und Verwaltung in den vergangenen Jahren die Ausgaben auf ein gerade noch sinnvolles Maß heruntergefahren haben. Dabei muss man allerdings im Auge behalten, dass bis auf ca. 200.000 € alle Ausgaben der Gemeinde gesetzlich vorgeschrieben sind. Als freiwillige Leistungen finden sich nur ca. 200.000 € im Haushalt. Im Bereich dieser freiwilligen Leistungen können nach unserer Meinung nur dann noch Einsparungen erfolgen, wenn wir in Kauf nehmen, dass das Leben in unserer Gemeinde unattraktiver wird.

Die Zuschüsse an Vereine und soziale Institutionen helfen in wesentlichem Maße, das Leben in unserem Ort für unsere Bürger interessanter zu gestalten. Außerdem hilft eine solche lebende Gemeinschaft auch, Neubürger für die Ansiedlung in Ostbevern zu interessieren: die GPA hat in ihrer überörtlichen Prüfung dargelegt, dass Ostbevern in seiner Bevölkerungsentwicklung bis 2030 besser dasteht beziehungsweise dastehen wird als der Durchschnitt gleichgroßer Kommunen in NRW. Da bei den freiwilligen Leistungen das Sparpotential entsprechend gering ist, können wir nicht umhin, die Ausgestaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen auf ihre Kosten und Kostennotwendigkeit zu prüfen.

Als Flächengemeinde haben wir viele Straßen und Wege, die unterhalten werden müssen: da können wir uns nur Gedanken über den Ausbaustandard machen, nicht über die Frage ob saniert wird oder nicht. Die Kosten dafür werden nach derzeitigem Stand zu einem großen Teil durch die Gemeinde getragen werden müssen.

Beim Bauhof sind wir sicher, dass die Leistungen mit den Kosten korrelieren. Die GPA möchte dazu aber belastbare Zahlen haben. Da hilft es wenig, zu sagen, wir wissen, dass die Leistungen stimmen. Im Rahmen landesweiter Vergleiche und Transparenz muss das auch nachgewiesen werden: dazu haben wir seit einem Jahr ein laufendes, einfaches Verfahren.

Im Schulbereich halten wir pro Schüler vor allem im Grundschulbereich mehr Unterrichtsflächen vor als der Durchschnitt der entsprechenden NRW – Kommunen. Hier haben wir als Rat genau das gewollt: wir sind seit Jahren in NRW mit führend, wenn es um Integration von Schülern geht, die anderswo in Sonderschulen beschult werden, was in den gemeindlichen Kennzahlen dann natürlich nicht auftaucht. Wie sich die Forderung der Landespolitik nach mehr Inklusion in Schulen auf die Kennzahlen der Anderen auswirkt, müssen wir abwarten. Wir sind auf jeden Fall bei der Lösung dieser Aufgabe gut aufgestellt. Trotzdem müssen in den kommenden Jahren sicherlich auch hier neue Entscheidungen getroffen werden, wenn nämlich die Schülerzahlen weiter in dem Maße sinken wie prognostiziert. Hier warten wir auf den Schulentwicklungsplan Ostbevern, aus dem dann der neue Rat die Konsequenzen ziehen muss.

Was die Ausgaben angeht, haben sich aus unserer Sicht Rat und Verwaltung in den vergangenen Jahren sehr dafür eingesetzt, dass die Finanzen der Gemeinde Ostbevern nicht aus dem Ruder liefen: Ostbevern hat aus unserer Sicht **kein Ausgabenproblem**, denn dann müssten wir einsparen können (und wollen!).

Wenn die Finanzen dann nicht mehr stimmen, kann es sich nur um ein Einnahmeproblem handeln. Wir sind – von wem auch immer – gezwungen worden, Geld auszugeben, ohne dass die Einnahmen im gleichen Maße nach angepasst wurden.

Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen belastet unseren Haushalt seit Jahren erheblich. Für die kommenden Jahre hat die neue Bundesregierung eine Entlastung zugesagt, aber erst nach Abschluss entsprechender Gesetzgebungsverfahren des Bundesteilhabegesetzes. Das bedeutet, dass irgendwann in der Zukunft zwar eine Entlastung erfolgen soll, bis dahin leibt es aber bei einer Belastung unseres Haushalts und über die tatsächlichen Kosten und die Entwicklung in der Zukunft ist noch nichts beschlossen.

Bezüglich der Aufgabe der Inklusion sieht es ähnlich aus. Das Land hat Aufgaben allgemein verteilt, aber keine genauen Ausführungen zur Erledigung der Aufgaben gemacht, so dass keine Landesgelder zur Verfügung gestellt werden mussten. Die finanzielle Belastung liegt und bleibt zurzeit bei den Kommunen.

In den Schulen soll der Ganztagsbereich weiter ausgebaut werden. Ob und wie die Zuschüsse des Bundes in diesem Bereich an die Kommunen durchgereicht werden, ist noch nicht geklärt. Insgesamt müssen wir also zum wiederholten Mal feststellen: Ostbevern hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem.

Aber, wie hat der Kämmerer in der letzten H+F – Sitzung gesagt: der Etat ist solide aufgestellt.

Ein Haushalt nach NKF soll aber auch die Zukunft beziehungsweise die Entwicklung der Gemeinde aufzeigen. Ein Rat soll die Entwicklung steuern. Es müssen mittel- und langfristige Planungen in die Wege geleitet werden. Die Verwaltung hat von sich aus Planungen in die Wege geleitet. Über den Schulentwicklungsplan habe ich schon gesprochen.

Die Problematik „Demografie“ war in 2013 in einem Workshop aufgenommen worden und wird auch mit den weiteren Planungsschritten im Etat erkennbar.

Aber das im Rahmen der allgemeinen Finanzplanung schon erwähnte Aufgabenfeld „Inklusion“? Es gab eine Podiumsdiskussion mit den Inklusionsbeauftragten des Landes NRW und des Kreises Warendorf. Dort wurde klar, dass Inklusion weit über den Schulbereich hinausgeht, auch wenn das Thema häufig auf diesen Teilbereich beschränkt wird. Was ist mit den Menschen mit Behinderungen? Was ist mit den älteren Mitbürgern und deren Problemen? Bezüglich der Inklusion in der Schule sind wir schon weit, aber sonst? Aber unser Antrag, hier zukunftsfähig die Planungen weiter zu treiben? In diesem Rat nicht mehrheitsfähig. Wir wissen doch schon, um was es geht, wir wissen, wo die „Knackpunkte“ liegen, wir machen das doch sowieso – zumindest bald. Einwände, die man übrigens überall nachlesen kann, wenn es um die Organisation von Planungen geht. Aber konkrete Schritte beschließen: Fehlanzeige!

„Die Familie als Gemeinschaft von Kindern und Erwachsenen ist die Grundlage unserer Gesellschaft“ und „Wir fördern die Entwicklung Ostbeverns, um eine ökonomische und soziale Grundversorgung der Menschen weiterhin sicher zu stellen“. Als wir vorgeschlagen haben, diese Sätze durch die Erstellung eines Familienberichts in Ostbevern und die Einführung eines Beverpasses zu konkretisieren: wieder Fehlanzeige: gibt's schon, wissen wir schon, werden wir schon machen! Besonders die Ablehnung des Beverpasses hat uns gewundert. Immerhin gibt es für den Fairteiler schon eine „Vorstufe“ dazu, die Betroffenen könnten ohne zusätzliche Bescheinigungen in der Gemeinde einholen zu müssen, bestimmte Angebote in

Anspruch nehmen und die Mitarbeiter der Verwaltung müssten vielleicht die eine oder andere Bescheinigung weniger schreiben. Aber vielleicht legen diejenigen von Ihnen, die dieses Angebot abgelehnt haben, auch nur keinen Wert darauf, dass die betroffenen Bürger nicht immer wieder zum Sozialamt gehen müssen, oder? Außerdem müssen Sie im Sozialamt personelle Ressourcen vorhanden sein - die wir allerdings nicht sehen -, denn weniger Besuche sind nicht gewünscht!

Auf Dauer werden Kommunen im Speckgürtel von Großstädten nur **gut** überleben können, wenn für alle Bürger der ÖPNV attraktiviert wird. Inhaltlich waren wir uns da einig. Als es allerdings um weitergehende Planungen, eine Konkretisierung der Verbesserungsmöglichkeiten ging, was dann auch aus dem Haushalt hervorgehen müsste (denn umsonst geht das nicht!): wiederum Fehlanzeige. Das werden wir schon schaffen, das werden wir uns merken, das wird schon!!

Keine konkreten Planungen, keine Steuerung, keine Zukunftsgerichtetheit!

Antrag der Grünen in der Sitzung zur Beteiligung Ostbeverns an der Windenergienutzung?????

Für einen Antrag haben wir eine Mehrheit hier im Rat erhalten – inhaltlich und mit Geld hinterlegt: die Anschaffung von Defibrillatoren. Hier war ich persönlich der Ansicht, dass das keine politische Frage sein könnte, keine Frage von Steuerung und Planung. Hier handelte sich um eine Einzelmaßnahme im Rahmen der allgemeinen Geschäftsführung, die wir auch durch ein Telefonat mit Herrn Bürgermeister Schindler hätten regeln können, oder Herr BM? Also hielt ich das „Problem“ beim Schreiben des Antrags nicht für politisch relevant ..... bis zur Sitzung des H + F – Ausschusses. Die Diskussion dazu fand ich alles andere als zielgerichtet: brauchen wir wirklich so viele Defibrillatoren, reichen nicht auch erst mal 1, 2, 3 weniger? Sollten wir nicht erst mal nur 1 oder 2 anschaffen und dann einen Erfahrungsbericht abwarten? Also: erst mal nur ein bisschen Erste Hilfe, und noch zynischer: wie oft werden solche Geräte benötigt? Aber das Ergebnis war dann ja ganz „nett“. Diese Geräte werden angeschafft: DANKE!

Aber Sie gestatten mir noch einmal den Hinweis: Steuerung und Planung durch einen NKF – Haushalt sieht anders aus.

Ich habe gerade den Kämmerer schon zitiert mit dem Teilsatz „Der Haushalt ist solide erstellt“. Dem stimmen wir zu. Die Verwaltung hat auch Planungen eingestellt, die sie für wesentlich und unabdingbar hielt. Dafür Ihnen Vielen Dank. In diesem Zusammenhang möchte

ich Ihnen allen auch insgesamt für die kooperative Zusammenhang im Laufe des letzten Jahres danken, nicht nur für die Erstellung dieses Etats!

Der Haushalt ist solide – aber gut ist anders: es hätte viele Möglichkeiten gegeben, die Zukunft Ostbeverns zu steuern und zu planen, nicht nur zu verwalten. Das geht aus diesem Haushalt nicht hervor. Daher werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!